



Misogyne Gewalt und rechter Frauen*hass

Die Vorstellung einer patriarchalen Ordnung und eine aus dieser begründeten Frauen*feindlichkeit sind wesentliche Elemente einer extrem rechten Ideologie. Dennoch wird bei Gewalt an Frauen* häufig die politische Dimension außer Acht gelassen. Und umgekehrt: Bei rechter Gewalt gegen Frauen* verschwindet die misogynne Dimension der Tat, obwohl es viele Beispiele für Femizide¹ und sexualisierte Gewalt durch extrem rechte TäterInnen gibt.

Von Svenna Berger und Eike Sanders

In Österreich hat Frauen*feindlichkeit (Misogynie) im noch so jungen Jahr 2019 zu mindestens sechs ermordeten Frauen* geführt, in fünf Fällen waren die Täter (Ex-)Partner, beim sechsten ist der Täter, vermutlich aus dem Nahumfeld, noch unbekannt. Österreich erzielte schon im Jahr 2017 den »Europarekord« an Frauen*morden im Verhältnis zur Einwohner*innenzahl und im Verhältnis zur Gesamtzahl der Tötungsdelikte. Im Jahr 2018 waren dann sogar 41 von 70 Toten in Österreich Frauen*. Strafbare Handlungen gegen Leib und Leben begehen Männer dort zehnmal, solche gegen sexuelle Integrität und Selbstbestimmung fast 60-mal häufiger als Frauen*.²

In der extremen Rechten werden diese erschreckenden Fakten ausgeblendet. Das Geschrei der Rassist*innen ist dagegen nur dann groß, wenn die Täter nicht christlich-weiß-österreichischer bzw. -deutscher Herkunft sind. Verschleiert wird dadurch Vieles: zunächst,

dass das Risiko für Frauen* (und Männer gleichermaßen) steigt, Opfer einer Gewalttat zu werden, wenn sie nicht weiß sind. Es verschleiert, dass bei diesen Delikten die Mehrheit der Täter immer noch österreichischer oder deutscher sind. Während aufgrund des öffentlichen rassistischen Diskurses die angenommene oder tatsächliche Herkunft der Täter Raum bekommt, verschwindet die Herkunft der betroffenen Frauen* und dadurch ihr Verhältnis zu dem Täter, somit die Motivlage. Verschleiert wird die übergreifende Gemeinsamkeit: Es geht hier um Männer, die vernichtende Gewalt oft als ein letztes Mittel anwenden gegen jene Frauen*, auf die sie meinen ein naturgegebenes Recht zu haben und von denen sie nun abgelehnt würden: *Ihre* Frauen*, *ihre* Ex-Partner*innen, Frauen*, die *sie* »wollen« - in den selteneren Fällen auch ihnen unbekannte Frauen* als Repräsentant*innen ihres Geschlechts. Es sind Männer, die in einer patriarchalen Gesellschaft sozialisiert wurden, diese ihrerseits exerzieren und womöglich erst

recht durchdrehen, wenn sie ihr vermeintliches Recht auf Frauen* in Gefahr sehen.

Das Politische ist nicht privat

Misogynie und patriarchale Gewalt findet im überwiegenden Maße in Beziehung und Familie statt, aber nicht nur dort: Um die Jahreswende herum griff ein (weißer, österreichischer) Mann in Wien mindestens zwei Frauen* mit einer Eisenstange bzw. einem Hammer an und verletzte sie lebensbedrohlich. Teile der Presse bezeichneten die Gewalttaten als »gescheiterten Flirtversuch« und erklärten: Der geständige Mann habe seit rund einem Monat mehrere Frauen* mit einem Fahrrad verfolgt und wollte sie laut Polizei ansprechen. Der Täter glaubte offensichtlich, selbst über ihm fremde Frauen* verfügen zu können. Ein ähnlicher Fall ereignete sich im Dezember 2018 in Nürnberg: Ein 38-jähriger Mann hatte drei ihm unbekannte Frauen* im Alter von 26, 34 und 56 Jahren versucht zu töten. In den Medien wurde zurecht über das Motiv Frauen*hass gesprochen. Kurze Zeit später berichtete der antifaschistische Journalist Robert Andreasch auf Twitter³ über das rechte Weltbild des Täters: »Daniel G., der in Nürnberg auf drei Frauen eingestochen hat, postete viele sexistische Sharepics, likte und veröffentlichte Hetze gegen Geflüchtete und präsentierte ein White-Power-Logo (für den Fall, dass von toxischer Männlichkeit und rechtem Hintergrund nicht die Rede ist).« Der Täter hatte also gezielt auf Frauen* eingestochen. Dass es vielleicht kein Zufall ist, dass er Rechter ist, fand, über diesen Tweet hinaus, aber keine Erwähnung in der Presse. Auch beim Fall Nick N. aus Chemnitz, der Mitte Januar seine Ex-Freundin entführt und vergewaltigt und mit ihr quer durch die Republik gefahren sein soll, wurde durch antifaschistische Recherche bekannt, dass er in der extrem rechten Szene aktiv ist. Er gilt als einer der Agitatoren der rassistischen Proteste in Einsiedel.⁴

Während bei nicht-weißen Tätern oft ausschweifend spekuliert wird, ob sie Muslime seien oder gar dem IS nahe stünden,

fragt sich bei weißen Tätern die Öffentlichkeit meist nicht, ob und welche politische Gesinnung und/oder Religionszugehörigkeit sie haben könnten. Das ist fatal, denn die politische Ideologie der Täter kann sowohl zu jenen antifeministischen Taten gegen Frauen* als Repräsentant*innen ihres Geschlechts motivieren, als auch Beziehungsgewalt gegen (Ex-)Partnerinnen begünstigen und vor allem die Verletzung oder Entwürdigung der Opfer und Betroffenen von anti-linker, rassistischer, antisemitischer und rechter Gewalt potenzieren. Hier besteht eine Lücke in der Erfassung und auch in der antifaschistischen Recherche und Analyse.

Misogynie Gewalt – ein Erfassungsproblem

Wie viel misogynie Gewalt sich auf eine rechte Ideologie der TäterInnen begründet, wissen wir nicht. Es ist naheliegend, dass die heteronormativen und patriarchalen Vorstellungen als wesentlicher Bestandteil extrem rechter Ideologie sich auf diese Taten auswirken. Dabei gibt es inzwischen eine wachsende wissenschaftliche, journalistische und aktivistische Auseinandersetzung mit Antifeminismus und Genderdiskursen der extremen Rechten. Dass hier dennoch eine Leerstelle aufscheint, überrascht nicht: Eine einheitliche Begriffsbestimmung dessen, was die extreme Rechte bzw. »Rechtsextremismus« ausmacht, gibt es weder in der Forschung noch in den Medien. Häufig wird sich auf Definitionen bezogen, die den »Rechtsextremismus« in

„Misogynie und patriarchale Gewalt findet im überwiegenden Maße in Beziehung und Familie statt, aber nicht nur dort.“

Dimensionen der Ideologie erfasst. Misogynie oder Sexismus wird jedoch nur in wenigen Fälle explizit genannt, häufig taucht die Dimension nur am Rande oder gar nicht auf.

Auch in der Definition, was rechte Gewalt ausmacht, fehlt Misogynie. Der Bundesverband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und anti-

semitischer Gewalt (VBRG) bezieht sich auf die polizeiliche Definition der Politisch motivierten Kriminalität (PMK), wonach die Ungleichheit/ Ungleichwertigkeit eines Menschen den Kerngedanken einer rechten Ideologie bildet. Gewertet werden Gewalttaten, wenn sie »gegen eine Person gerichtet sind, wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status und die Tathandlung damit im Kausalzusammenhang steht, bzw. sich in diesem Zusammenhang gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt richtet.«⁵ Demzufolge können Menschen nach den Kriterien des VBRG aufgrund der sexuellen Orientierung oder Identität von rechter Gewalt betroffen sein. Gemeint sind damit jedoch allein die von der Heteronorm abweichenden Personen, d.h. Homo- und Bisexuelle, Trans-, Inter- und queere Menschen. Als Tatmotiv wird Frauen*feindlichkeit dagegen nicht erfasst.

Rechte Femizide

Sichtbar wird das Fehlen des Motivs Misogynie in den Recherchen zu den Todesopfern rechter Gewalt des Tagesspiegel, die mit Unterstützung der Beratungsstellen regelmäßig aktualisiert werden:

Beim Neonazi THOMAS LEMKE, der Mitte der 1990er Jahre in Bergisch-Gladbach zwei Frauen ermordete, wurde seine Verachtung von Frauen* nur spärlich beleuchtet. Sein erstes Opfer Dagmar Kohlmann – so heißt es später – habe er mit seiner damaligen Freundin zusammen ermordet, um diese »in der Hand zu haben«. Die zweite Frau Patricia Wright

habe er als Linke ausgemacht und wollte sie »bekehren«, vergewaltigte sie und tötete sie auf brutalste Weise. Auch wenn beide Fälle völlig unterschiedlich in ihren Abläufen, Motiven und Hintergründen sind, verbindet sie die Vorstellung von Macht und Kontrolle über Frauen. Als Motiv wird diese jedoch nicht gesehen. In der Auflistung des Tagesspiegel wird stattdes-

sen von »anderes Motiv« oder »Hass auf politische Gegner« gesprochen. Dabei muss das eine Motiv das andere nicht ausschließen. Androhung oder Umsetzung sexualisierter Gewalt kann sogar eine Strategie der Einschüchterung von politischen Gegner*innen sein.⁶

Auch in anderen Fällen, bei denen rechte Täter Frauen* ermordeten, wird darüber diskutiert, ob es sich um Macht demonstration, Beziehungstaten oder Zufallsoffer handelte, selten wird Frauen*hass erkannt oder benannt. Beim Mord an der 32-jährigen Beate Fischer⁷ aus Berlin-Weißensee im Jahr 1994 stellte der Richter in der mündlichen Urteilsbegründung fest, die Neonazis hätten »nach ihrer Wolfsmoral Sex als die Bühne ihrer Macht benutzt«. Es wird also offensichtlich eine Verbindung von extrem rechter Ideologie und Hass auf Frauen*, im Falle von Fischer auf Sexarbeiter*innen, erkannt, dennoch benannte der Tagesspiegel in seiner umfangreichen Recherche als Motiv lediglich »Macht demonstration«.

So erschreckend und verstörend diese Taten sind, dürften sie aus Sicht antifaschistischer Recherche keine Überraschung sein. Frauen*feindliche Äußerungen, ob in Postings in den sozialen Medien, auf Demonstrationen, im Parlament oder in rechten Songtexten gibt es zu genüge. Sei es der Regionalleiter der IDENTITÄREN BEWEGUNG BERLIN-BRANDENBURG, ROBERT TIMM, der in der Pick-Up-Szene aktiv war und lernte, wie man »Frauen zur Beute macht«.⁸ Oder sei es die JUNGE ALTERNATIVE NRW, die ihre Aussage »Man sagt, wir wollen Frauen an den Herd ketten...Blödsinn!« bebildert mit zwei fast nackten, sich in einem Bett räkellenden Frauen*, von denen eine Hand schellen trägt. Oder seien es die unendlich vielen Beispiele von ekelhaftestem Sexismus und Homo- und Trans*feindlichkeit, die sich in dem und durch von Hypermasculinität dominierten Rechtsrock finden. Abwertende Darstellungen von Frauen als Objekte, »Matratzen« oder »Schlampen« durchziehen die neonazistische Musik und Internetforen. Gewalt gegen Frauen, die den Mann enttäuscht haben, ist legiti-

miert. »Volksverräterinnen«, die »Rassenschande« begehen, wird die Existenzberechtigung abgesprochen, »Emanzen«, die

“ Um sich der Komplexität zu stellen, wäre es beispielsweise ein Anfang, Misogynie als Teil extrem rechter Ideologie und Tatmotivation explizit aufzuführen. ”

auf »dem Grabe unsres Volkes« tanzen, wird mit dem Tod gedroht.⁹

Fazit

Sicherlich treffen neonazistischer und rechter Hass und ihre Vernichtungsfantasien marginalisierte Gruppen oftmals noch stärker und in anderer Weise als weiße cis-Frauen*. Die sexualisierte und sexistische Komponente in extrem rechter Ideologie, in Subkultur und Männerbünden droht aber in ihrer Spiegelung im patriarchalen Alltag unterzugehen: warum sollte man skandalisieren, wie sexistisch Neonazis sind, wenn es Hans und Franz doch auch sind? Die dann drohende Gefahr der Externalisierung des Sexismus auf extreme Rechte ist ein attraktives Entlastungsangebot für nicht-rechte, also auch den antifaschistischen Macker. Es ist der gleiche Fehler, den Antifaschist*innen bei der Analyse von Kandel¹⁰ und anderen rassistischen Mobilisierungen zu »Frauenrechten« machen, nämlich die Gleichzeitigkeit und Widersprüchlichkeit von Diskriminierungen und Betroffenen nicht anzuerkennen. Ein Dilemma, vor dem auch wir stehen, dem aber alle Antifaschist*innen und Feminist*innen ins Auge sehen müssen.

Um sich der Komplexität zu stellen, wäre es beispielsweise ein Anfang, Misogynie als Teil extrem rechter Ideologie und Tatmotivation explizit aufzuführen. Dann stünden die Statistiken zu Gewalt gegen Frauen* auf der einen und die Statistiken zu rechter Gewalt auf der anderen Seite nicht mehr unverknüpft nebeneinander. Bei Femiziden müssen Antifaschist*innen fragen, ob die Täter Rechte waren. Misogyne Gewalt muss als strukturelle Gefahr erkannt werden, und: Mit dem Erstar-

des Antifeminismus werden wir uns dem Phänomen gegenüber sehen, dass Femizide die häusliche Sphäre weiter verlassen und

Frauen* als Repräsentant*innen ihres Geschlechts angegriffen werden wie in Nürnberg oder Wien geschehen. •

1 Femizide (engl. femicide) leitet sich aus dem englischen Begriff »homicide«, auf deutsch »Mord« ab, und meint die spezifische Tötung von Frauen aufgrund ihres weiblichen Geschlechts 2 »Toxische Männlichkeit. Das gefährliche Schweigen der Männer«, online auf der standard.at 3 »Mögliches Motiv: Frauenhass«, Junge Welt vom 21.12.2018 4 »Verdacht auf Freiheitsberaubung und Vergewaltigung: 26-Jähriger in Haft«, online auf freipresse.de vom 18.01.2019. Über den rechten Hintergrund twitterte am 19.01.2019 Johannes Grunert. 5 BMI-Lexikon online, Eintrag »Politisch motivierte Kriminalität« (zuletzt abgerufen am 01.02.2019) 6 Heike Kleffner: »Extrem rechter Frauenhass und neonazistische Gewalt« (2014), online auf antifainfoblatt.de 7 Laika Alva: »Neonazimord mit Frauen*hass als Motiv«, online auf rechtsausen.berlin 8 Gemeint sind Zusammenschlüsse von Männern, die durch die Anwendung psychologischer Tricks Frauen »verführen« wollen. In sogenannten Pick-Up-Seminaren geben sich die Männer gegenseitig Tipps, wie sie zu Dates und Sex mit Frauen kommen. Auch sie gehen davon aus, ein Recht auf Frauen zu haben, inklusive der Vorstellung, dass der Mann über die Frau bestimmen solle. Zu Timms Aktivitäten in der Pick-Up-Szene siehe auch: »Vom Pick-Up-Seminar zu den Identitären«, online auf inforiot.de 9 Aryan Brotherhood: Fänner und Mrauen, 2015. 10 Anna Berg, Judith Goetz, Eike Sanders: »Toxische Männlichkeit von Kandel bis Chemnitz. Feministische Interventionen in eine aktuelle Gefahrensituation«, online auf apabiz.de





Hannibal lautete das Pseudonym des Administrators des rechten Bundeswehr-Netzwerkes. In der Antike kämpfte Feldheer Hannibal gegen die Römer. Im Zweiten Punischen Krieg zog er mit seinem Heer und einigen dutzend Elefanten über die Alpen. Bild: Nicolas Poussin, circa 1625-1626, Wikimedia Commons.

Neonazis in Uniform

Ein rechtes Netzwerk aus Soldaten, Reservisten und Polizisten plant, politische Gegner zu ermorden. Politik und Sicherheitsbehörden sind bemüht, einen Skandal zu vermeiden.

Von Martina Renner und Sebastian Wehrhahn

Neonazis und Bundeswehr sind kein neues Thema. Das Selbstbild als »Staatsbürger in Uniform« stand schon immer im eklatanten Widerspruch zum verweigerten Bruch mit den Traditionen der verbrecherischen Wehrmacht. Die Übernahme faschistischer Eliten, Bezeichnungen von Kasernen nach Kriegsverbrechern, völkische Texten im Liederbuch »Kameraden singt« weisen auf antidemokratische Einstellungen und autoritäre Strukturen in der Bundeswehr hin. Die Anziehungskraft für rechte Männer liegt auf der Hand. Die Bundeswehr stolperte in den letzten Jahrzehnten von Skandal zu Skandal, passte hier und da zähneknirschend den Traditionserlass an, entließ wenn es gar zu offensichtlich wurde Rechtsextreme aus dem Dienst.

Für den organisierten Rechtsterror in der Bundesrepublik war die Bundeswehr ein Reservoir an Unterstützern und Material. MANFRED ROEDER redete nicht nur an der Führungsakademie in Hamburg, auch bezog er von der Bundeswehr Material, ebenso wie KARL-HEINZ HOFFMANN, der quasi einen privaten Fuhrpark aus ausrangierten Beständen der Bundeswehr unter-

hielt. Spektakulär auch der Fund von Waffen und Sprengstoff aus Bundeswehrbeständen in der Lüneburger Heide, angelegt durch den Rechtsextremisten HEINZ LEMBKE. Im kürzlich erschienen Buch »Zielobjekt Rechts« von Andreas Förster (siehe Rezension auf Seite 6) wird ein IM der Stasi zitiert, der von dem Rechtsterroristen PETER NAUMANN erfahren haben will, dass Lembke den Sprengstoff aus den Depots mit Hilfe eines Bundeswehrangehörigen beschafft haben soll.

Elitetruppe mit klarem Feindbild

Die aktuellen Vorgänge zeigen eine neue Qualität. Der Verdacht, dem auch die Generalbundesanwaltschaft in einem Prüfverfahren nachgeht, ist, dass sich eine rechtsterroristische Struktur aus Angehörigen von Spezial- und Eliteeinheiten herausgebildet hat. Im Zentrum steht das Kommando Spezial Kräfte (KSK). Dass ihr ehemaliger erster General Reinhard Güntzel seine Truppe als Erbin der faschistischen Wehrmacht-Sondereinheit Brandenburg stilisierte, ist nicht nur rechter Spleen. Schaut man genauer hin,

entrollt sich ein loser Faden von der geheimen Rekrutierung kriegserfahrener Wehrmächts-Kader in der jungen BRD zur Abwehr potentieller sowjetischer Angriffe oder der sogenannten Schnez-Truppe, einer geheimen Organisation von ehemaligen Angehörigen der Waffen SS und Wehrmacht, über das Fallschirmjägerbataillon 251 in Calw zum KSK. Innerhalb des KSK gab es neben der Causa Güntzel eine Reihe von Vorfällen, z.B. Drohungen an demokratische Soldaten, entwendete Waffen für rechtsterroristische Vorhaben oder zuletzt neonazistische Vorkommnisse auf einer Feier. Zuletzt wurde ein KSK-Oberleutnant suspendiert, weil dieser im Internet Reichsbürger-Inhalte verbreitet hatte. Besonders interessant: Genau dieser Soldat fiel 2007 auf, als er einen Drohbrief an einen demokratischen Soldaten mit seinem Klarnamen unterzeichnete. Begünstigt werden solche Fälle durch eine Imagepflege als Rambo-Truppe der Bundeswehr und die politische Entscheidung, das KSK komplett der parlamentarischen Kontrolle zu entziehen.

Eine wichtige Rolle in den aktuellen rechten Verstrickungen im und um das

KSK spielt André S., mittlerweile ehemaliges Mitglied des KSK. S. soll im April 2017, als der Soldat Franco A. verhaftet wird, die Anweisung gegeben haben, Chats zu löschen, in denen sich die Mitglieder darüber austauschten, was am Tag X zu tun sei. Die Mitglieder sind sogenannte Prepper.¹ Der Tag X ist der Tag, an dem die Ordnung zusammenbricht; durch einen Anschlag, durch einen politischen Skandal, durch eine Katastrophe. Auf diesen Fall wollten sich die Mitglieder vorbereiten. Während es einigen um die Bevorratung mit Lebensmitteln geht, entwickeln andere Pläne, Linke, darunter auch Politiker*innen der LINKEN, zu entführen und zu ermorden.

Administriert wurden die Chatgruppen, die Namen wie Nordkreuz trugen, angeblich von André S.. Als Administrator soll er sich Hannibal genannt und die Chatmitglieder unter anderem mit vermeintlichen Lagebildern der Bundeswehr versorgt haben. S. ist außerdem Vorsitzender eines Vereins namens Uniter.

Uniter e.V.

In diesem Verein kommen Mitglieder des KSK, ehemalige Soldaten, Reservisten und Männer mit Hang zum Soldatischen zusammen. Offiziell geht es um Jobvermittlung, gegenseitige Unterstützung in der Zeit nach den Einsätzen, gemeinsame Trainings oder den Aufbau einer medizinischen Nothilfeinheit. Recherchen der taz², die auch mit ehemaligen Mitgliedern des Vereins gesprochen hat, zeichnen ein anderes Bild. Ihnen zufolge soll es unter dem Dach des Vereins auch eine kämpfende Einheit im Aufbau geben. Der Verein ist in Distrikte gegliedert. In Deutschland sind das Nord, Süd, Ost, West. Auch die Chatgruppen, die S. administriert haben soll, waren entsprechend der vier Himmelsrichtungen benannt. Eine Verbindung zwischen Chats und Verein streitet Uniter ab.

Drei Mitglieder der Chats werden beim Generalbundesanwalt im Fallkomplex »Nordkreuz« als Beschuldigte geführt, weil sie verdächtig sind, die Entführung und Ermordung von Linken geplant zu

haben. Ebenfalls Mitglied in einem der Chats war Franco A.. Auch gegen ihn ermittelt die Bundesanwaltschaft wegen der Planung von Anschlägen gegen politische Gegner*innen. Er war im Februar 2017 am Wiener Flughafen verhaftet worden, als er eine Waffe aus einem Versteck holte, die er dort vorher deponiert haben

„ Genügend Anlässe für politischen Druck und behördliche Aufklärung. Doch die Resonanz ist bislang dürftig. “

will. Wäre Franco A. ein Dschihadist, hätten Politik und Medien keine Probleme gehabt, konkrete Anschlagsvorbereitungen zu erkennen. Bei Neonazis ist das allerdings anders. Die österreichischen Behörden beschwichtigten genauso wie die deutschen, die ihm keine konkreten Tatvorbereitungen anlasteten, obwohl er z.B. das Gebäude der Amadeu-Antonio-Stiftung in Berlin ausgekundschaftet und Skizzen gefertigt hatte.

Die Chats sind nicht die einzige Verbindung zwischen Franco A. und André S.. Die taz berichtet, dass sich beide mindestens zwei Mal persönlich trafen. Bei einem dieser Treffen mussten die Teilnehmer ihre Handys im Auto lassen.

André S. wird bislang in keinem der bekannten Verfahren als Beschuldigter geführt. Im Fall Franco A. gilt er als Zeuge. Doch auch in einem weiteren Verfahren spielt S. eine wichtige Rolle: Einem Oberstleutnant des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), der sich mehrfach mit S. als Auskunftsperson des MAD traf, wird vorgeworfen, S. vor Durchsuchungen gegen Mitglieder der Chats gewarnt zu haben.

Gefahr im Verzug

Die Liste der offenen Fragen ist lang: In welchem Verhältnis stehen Franco A., André S., die Verdächtigen des Nordkreuz-Komplexes, der Verein Uniter und der MAD? Wie fortgeschritten waren die Anschlagpläne, wer war in diese Planungen eingebunden, wem sind die Listen

der möglichen Opfer bekannt, u.v.m.? Genügend Anlässe für politischen Druck und behördliche Aufklärung. Doch die Resonanz ist bislang dürftig. Zwar befassten sich Innen- und Verteidigungsausschuss sowie das geheim tagende Parlamentarische Kontrollgremium mit den Fällen und auch die Kanzlerin wurde im Bundestagsplenum dazu befragt, doch Behörden und Koalition sind bemüht, einen Skandal zu verhindern.

»Politisch motivierte Gewaltbereitschaft spielt in der Bundeswehr derzeit keine Rolle«, fasste Christof Gramm, Präsident des MAD

die Sensibilität seines Geheimdienstes für die Problematik zusammen.³ Peter Tauber, Staatssekretär bei der Verteidigungsministerin, verwies darauf, dass auch seine Oma Vorräte anlege und deshalb die Prepper-Szene nicht gefährlich sein könne. Und auch die Ministerin selbst sieht keinen Grund zur Besorgnis. Es gäbe »keine belastbaren Hinweise auf ein rechtsextremes Netzwerk in der Bundeswehr«.⁴

Die Motivationen hinter solchen Verharmlosungen sind unterschiedlich: Der CDU geht es darum, ihre ohnehin stark angeschlagene Verteidigungsministerin vor weiterem Schaden zu schützen, steht ihr doch gerade ein politisch höchst unangenehmer Untersuchungsausschuss ins Haus. Die SPD tut, was sie am besten kann: Konflikten mit dem Koalitionspartner aus dem Weg gehen, um die Risse in der Koalition nicht zu verstärken. Der MAD ist darum bemüht, das Problem von Neonazis und rechten Einstellungen in der Truppe kleinzureden, um nicht in den Verdacht zu geraten, darin versagt zu haben, genau solche Entwicklungen zu verhindern. Diese Gründe schließen freilich weitere Gründe nicht aus. Im Effekt laufen sie auf das Gleiche hinaus: Den Schutz rechter Netzwerke und die Ignoranz der Gefahr, die von diesen ausgehen. •

¹ Der Begriff leitet sich vom englischen to prepare = vorbereiten ab. »Prepper« bereiten sich auf drohende oder imaginierte Untergangsszenarien vor. ² Weitere Informationen auf der Online-Schwerpunktseite der taz zu Hannibals Schattenarmee ³ Konrad Litschko: »Rechtsextreme Soldaten unterm Radar«, Artikel auf taz.de vom 26.11.2018 ⁴ »Der IS ist noch nicht vollständig besiegt«, Interview mit Ursula von der Leyen vom 27.12.2018 auf rp-online.de



Stasiaufklärung bei West-Nazis

von Ulli Jentsch

Andreas Förster

ZIELOBJEKT RECHTS



Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte

Ch. Links Verlag

Förster, Andreas: *Zielobjekt Rechts. Wie die Stasi die westdeutsche Neonaziszene unterwanderte*. Ch. Links Verlag, Berlin 2018. 264 Seiten, 18 Euro.

Der als Journalist durch seine investigativen Arbeiten zu Geheimdiensten und Terrorismus, darunter auch etliche Artikel zum Komplex des NATIONALSOZIALISTISCHEN UNTERGRUNDS (NSU), bekannte Autor Andreas Förster versammelt in seinem neuen Buch Ergebnisse seiner Recherchen in den Aktenbeständen der Stasi. Förster hatte mehrere Jahre die hinterlassenen Akten der Abteilung XXII nach Hinweisen durchsucht, wie dieses Feld durch den Ost-Geheimdienst »bearbeitet« wurde.

Auch wenn es im Untertitel etwas reißerisch suggeriert wird, darf aufgrund der von Förster präsentierten, obschon vorläufigen, Ergebnisse unterstellt werden: die oft als übermächtig dargestellte Stasi war weit von einer Unterwanderung der Neonazis im Westen entfernt; und noch mehr von einer Steuerung oder Anleitung speziell der

rechtsterroristischen Gruppen, wie es andere (Igel 2012) behauptet haben.

Förster beschreibt, nach einem Abschnitt über die »Geschichte des westdeutschen Rechtsextremismus« und einem weiteren über die Zuständigkeiten der Stasi-Abteilungen die von ihm ausgewählten Fälle in zwölf Kapiteln. Den bewanderten Leser*innen dürfte manches, wie der Fall des Nazi-Terroristen UDO ALBRECHT, bekannt sein. Anderes, wie die Ausspähung der Berliner Hooliganszene – Ost wie West – durch einen Hertha-Anhänger oder die Bespitzelung des West-Berliner Reichsbahn-Angestellten, »Reichsbürgers« und »Unruhestifters« WOLFGANG EBEL, war bisher unbekannt. In diesen Fällen beschreibt Förster sehr detailreich und anekdotisch die Zusammenhänge anhand der Aktenlage aus den Stasi-Archiven.

Es kann nicht überraschen, dass besonders viele Strukturen und Personen aus West-Berlin ins Visier der Abteilung XXII gerieten, schließlich war es die vorrangige Aufgabe zu verhindern, dass es zu Provokationen gegen die DDR kam. Es sollten Angriffe auf Institutionen des ostdeutschen Staates und die vielfach angekündigten Attacken auf Grenzanlagen unterbunden werden. So wurde der frühere Innensenator Heinrich Lummer (CDU) bei seinen zahlreichen Besuchen in Ost-Berlin ausgespäht und auch der Versuch der Partei DIE REPUBLIKANER, grenzüberschreitende Strukturen aufzubauen stand unter Beobachtung. Die West-Berliner Ortsgruppe der NSDAP/AO war ebenso Ziel der Stasi wie der NS-Aktivist ARNULF PRIEM, dessen Ost-Besuche bei seinem Vater in den Akten landeten: Informeller Mitarbeiter war Priems Vater Horst selber, Deckname »Seemann«.

Förster stellt zu recht klar, dass sein Buch »nur einen Ausriss des tatsächlichen Umfangs der Stasi-Aufklärung in der westdeutschen rechtsextremen Szene« darstellt. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung steht

immer noch aus. Vor allem ist eine Lücke der Darstellung darin zu sehen, dass es kaum gelingen konnte, die Akten mit anderem Wissen zu kontrastieren: ein grundsätzliches Problem bei solchen Aktenlagen. Denn Akten waren auch im Osten geduldiges Papier: sie wurden geschönt, Vorgänge unterschlagen. Als Belege, wie es wirklich war, sind sie wenig verlässliche Zeugnisse und Beteiligte von damals melden sich kaum zu Wort. Eine von Förster erhobene Forderung ist dann auch die Öffnung westdeutscher geheimer Archive.

Die Stasi zeigte sich der Gefahr der aktiven Informationsgewinnung in der extrem rechten Szene mehrfach bewusst. Es bestand ja durchaus die Gefahr, an Personal der westdeutschen Konkurrenz zu geraten und so einen Doppelinformanten im Nest zu haben. Noch desaströser wäre es für die DDR gewesen, wenn eine aktive Rolle besonders in militanten neonazistischen Organisationen im Westen ruchbar geworden wäre. Auch die offensichtlichen Lücken im Wissen der Abteilung XXII fallen auf. An die WIKING-JUGEND scheint die Stasi nicht wirklich heran gekommen zu sein, zumindest spielt diese in den Akten kaum eine Rolle. Die militant antikommunistische Jugendorganisation war in den 1970er- und 80er-Jahren immerhin einer der größten Durchlauferhitzer für rechtsterroristische Personen. Da aber auch andere Abteilungen ihre eigenen Operationen im Westen durchführten, hilft diese Erkenntnis nicht sehr weit.

So bleibt als ein Ergebnis, dass der Eigenantrieb der extrem rechten Organisationen offenbar weitaus größeren Einfluss auf den Gang der Entwicklungen hatte als die manchmal erstaunlich konturlosen Versuche der Informationsabschöpfung durch die Abteilung XXII. Ein großer Plan der Stasi ist nach Lektüre des Buches von Andreas Förster nicht erkennbar. •

Extrem rechte VOX feiert Erfolg

Spanien • Die bisher unbedeutende extrem rechte Kleinpartei VOX (lateinisch für: Stimme) hat bei den Regionalwahlen im südspanischen Andalusien im Dezember 2018 überraschend 11 Prozent der Stimmen erhalten. Damit zieht die 2013 von enttäuschten Dissidenten der konservativen Partido Popular gegründete Partei, die als extrem rechts oder rechtspopulistisch bezeichnet wird, erstmals in ein Parlament ein. VOX vertritt neben einem deutlichen Antifeminismus vor allem einen gesamtspanischen Zentralismus, der sich derzeit vor allem gegen die Autonomiebestrebungen Kataloniens wendet. Die Partei unter SANTIAGO ABASCAL CONDE lehnt Abtreibungen ebenso ab wie gleichgeschlechtliche Ehen, sie wendet sich gegen »Multikulturalismus« und betreibt eine anti-muslimische Rhetorik. Kritiker bezeichnen die VOX als Erbin des Franquismus.

»Lebensschutz«-Beratung kommt nach Berlin

Berlin • Der umstrittene »Lebensschutz«-Verein PRO FEMINA E.V. mit seinem Projekt 1000PLUS weitet seine Beratungstätigkeit für Schwangere nach Berlin aus. Das hat der bisher in Heidelberg und München tätige Verein nach einer erfolgreichen Spendenaktion über 1,2 Million Euro angekündigt. Nach Angaben des Vereins kämen die meisten Suchanfragen aus Berlin, einer

»Stadt, in der ein so großer Druck auf Schwangeren in Not lastet wie nirgends sonst in Deutschland«. Die Beratungsarbeit von pro femina ist durch eine Recherche auf buzzfeed.com vom Dezember 2018 in die Kritik geraten. Die Beratung verlaufe in Teilen »manipulativ« und »nicht ergebnisoffen«, unter anderem werde verschwiegen, dass die Einrichtung keinen für den Schwangerschaftsabbruch nötigen Beratungsschein ausstelle, so der Bericht. Der Vorsitzende KRISTJAN AUFIERO äußerte sich trotz Nachfragen des Magazins dazu nicht.

Nach vier Jahren Bärigida – Rücktritt vom Rücktritt?

Berlin • Der selbsternannte Widerstand bröckelt. Seit Januar 2015 fand sich jeden Montag ein buntes Sammelsurium extremer Rechter unter dem Label BÄRIGIDA – BERLINER PATRIOTEN GEGEN DIE ISLAMISIERUNG DES ABENDLANDES am Berliner Hauptbahnhof ein, um eine Kundgebung oder Demonstration mit wechselnden Routen abzuhalten. Anfang 2019 sollte dann unvermittelt Schluss sein. Die Dauermanmeldung für eine wöchentliche Kundgebung für 2019 sei zurückgezogen worden, heißt es seitens der Versammlungsbehörde. Bis dahin hatten die zuletzt nur wenigen dutzend Teilnehmenden an ihrem Konzept festgehalten und sich auch nicht durch die offenkundige Belanglosigkeit des eigenen Tuns davon abbringen lassen.

Doch ganz können sie es offensichtlich nicht lassen. Am 4. Februar 2019 wurde der »210. Abendspaziergang« durchgeführt – erstmals auf der anderen Seite des Bahnhofs. Ähnlich inkonsequent hatte sich zuletzt auch die extrem rechte Gruppe WIR FÜR DEUTSCHLAND um ENRICO STUBBE und KAY HÖNICKE gezeigt. Auch diese hatten im November 2018 aus Verbitterung über schwindende Beteiligung und antifaschistische Gegenproteste angekündigt, ihre »Merkel muss weg«-Demonstrationsreihe 2019 einzustellen. Nachgeschoben wurde jedoch schnell, dass der »2. Tag der Nation« am 3. Oktober 2019 auf jeden Fall stattfinden werde.



Archiv en Detail

Verbote extrem rechter Organisationen in der BRD seit 1945

Durch eine aktualisierte Liste der seit 1945 durchgeführten Verbote extrem rechter Organisationen können wir jetzt insgesamt 89 Verbote belegen und teilweise durch Hintergrundmaterial ergänzen. Nach dem letzten gescheiterten Verbotverfahren gegen die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLAND (NPD) im Januar 2017 hatten wir uns, besonders mit der Hilfe einer Kollegin im Praktikum, an die Aktualisierung gesetzt.

In unserem Bestand können wir rund 80 Prozent der behördlichen Maßnahmen durch amtliche Angaben belegen, hauptsächlich durch die jeweiligen Verbotserlasse. Zusätzlich können Verbote durch öffentlich zugängliche Verbotserlasse oder durch Pressemitteilungen der zuständigen Länder oder des Bundes bestätigt werden. Erst ab

Anfang der 2000er Jahre wird die Suche im Internet deutlich ergiebiger – von Hintergrundberichten der Presse bis hin zu genaueren Informationen der zuständigen Ministerien auf Bundes- oder Landesebene. Dennoch ist auch hier keine Sammlung zu finden, die alles inhaltlich relevante beinhaltet – abgesehen von u.a. einer Verbotsliste auf Wikipedia, deren Belege und Quellen jedoch leider unvollständig sind, sowie einer Broschüre des Verfassungsschutzes vom Oktober 2018. Letztere erhebt allerdings keinen Anspruch auf Vollständigkeit und listet auch nur 49 Organisationen auf.

Die aktualisierte Liste der Verbote werden wir in Kürze auf der Webseite des apabiz veröffentlichen.



• **Kalle Johansson: Was ist eigentlich Faschismus? Mit einem Nachwort von Lena Berggren, Jacoby & Stuart, Berlin 2018.**

Es scheint gewagt, auf 60 Seiten Comic ein so komplexes Thema zu behandeln wie den historischen Faschismus. Doch dem Zeichner Kalle Johansson ist das mit seinen stimmigen Bildern und dank der Expertise der schwedischen Historikerin Lena Berggren überzeugend gelungen. Das von Jonas Frykman aus dem Schwedischen übersetzte Buch zeichnet nicht allein die Genese und länderspezifische Unterschiede des Faschismus nach, es werden auch die grundlegenden ideologischen Bausteine erklärt und ihre Widersprüche aufgezeigt. Und selbstverständlich werden Bezüge in die Gegenwart hergestellt, denn – wie Lena Berggren in ihrem Nachwort »Der Faschismus ist nicht tot« schreibt – soll »dieses Buch, obwohl es ein Geschichtsbuch ist, uns helfen, die gegenwärtige Gesellschaft besser zu verstehen«. Als Jugendbuch und auch für Erwachsene unbedingt empfehlenswert. (uj)

• **Andreas Speit (Hrsg.): Das Netzwerk der Identitären. Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Ch. Links Verlag, Berlin 2018.**

In dem Sammelband beschreiben zwölf Autor*innen ein breites Themenspektrum identitärer Inszenierung. Diese reicht von identitärer Internetpräsenz und heroische Männlichkeit evozierender Geschlechterkonstruktion über die »Verteidigung des Abendlandes« als Abenteuer im Hipster-Look, die medienwirksame Mittelmeeraktion bis hin zum identitären Zentrum Flamborg in Halle. Die Texte gewähren Einblicke in

den politischen Werdegang einiger IB-ProtagonistInnen und beziehen analytisch auch internes Schulungsmaterial für die »radikale Avantgarde« ein. Einprägsam und gut lesbar setzen die Autor*innen Schwerpunkte auf die Entstehungsgeschichte der Identitären, ihr ideologisches Fundament und Verbindungen auf parteipolitischer und internationaler Ebene. Besonders aktuell beschreibt der Soziologe Jean-Philipp Baeck die Verflechtungen der Identitären mit der AfD. (aq)

• **Franziska Schutzbach: Die Rhetorik der Rechten. Rechtspopulistische Diskursstrategien im Überblick, Edition Xanthippe, Zürich 2018.**

Die Autorin möchte den Leser*innen ein Werkzeug an die Hand geben, um rechte Kommunikation besser erkennen und durchschauen zu können. Vorangestellt ist eine Einführung in den »Rechtspopulismus« und den historischen Hintergrund in der Schweiz. Es folgen 20 kompakte Kapitel zu ausgewählten Erscheinungsformen rechter Argumentationsmuster. Als Belege werden Medienergebnisse und Äußerungen von Schweizer Politiker*innen angeführt. Die Autorin setzt kenntnisreich jede Menge Begriffe, was je nach Interessenlage Ausgangspunkt für eine tiefere Recherche sein kann. Den Abschluss des Buches bildet ein Überblick über Handlungsmöglichkeiten. Auf der individuellen Ebene appelliert die Autorin, nicht in Pessimismus und melancholische Behaglichkeit zu verfallen. Der Versuch, all diese Themen auf 140 Seiten unterzubringen, gelingt nur bedingt. Die Begriffe, Er widerungen und Schlussfolgerungen werden schnell nacheinander gesetzt: Ein Springreiten durch den linken politischen Gemischtwarenladen, der an einigen Stellen zum Widerspruch einlädt. (mw)

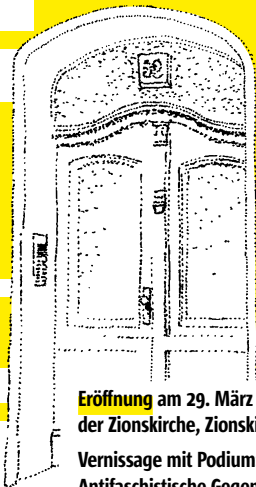
• **Jan Erik Schulte / Michael Wildt (Hrsg.): Die SS nach 1945 – Entschuldungsnarrative, populäre Mythen, europäische Erinnerungsdiskurse, Vandenhoeck & Ruprecht unipress, Göttingen 2018.**

Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung der TU Dresden veranstaltete bereits 2013 die Tagung »Die SS nach 1945. Narrative – Netzwerke – Gerichtsverfahren« mit zahlreichen Vorträgen. Viele davon sind nun in dem vorliegenden Sammelband vereint. Darin wird die juristische Aufarbeitung von Verbrechen nachgezeichnet; Biographien ehemaliger SS-Angehöriger und die viel diskutierte Organisations- und Personalgeschichte von BKA und BND werden näher beleuchtet. Auch die in Deutschland wenig bekannten Erinnerungsdiskurse zur SS in Ländern wie Bosnien-Herzegowina und dem Elsass werden interessant beschrieben. Direkte Bezugspunkte zur thematischen Arbeit des apabiz lassen sich in lesenswerten Beiträgen zur Wewelsburg oder im Artikel »Die SS in der kulturellen Praxis des deutschen Rechtsextremismus« finden. (ps)

Immer wieder?

**Extreme Rechte
und Gegenwehr
in Berlin seit 1945**

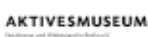
Ausstellung



**Eröffnung am 29. März 2019, 19 Uhr in
der Zionskirche, Zionskirchplatz, 10119 Berlin**

**Vernissage mit Podium:
Antifaschistische Gegenwehr – gestern & heute –
ein Gespräch zwischen den Generationen.**

**Eine Ausstellung vom antifaschistischen
pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V.
und dem Aktiven Museum
Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.**



Medienpartner

Gefördert von



Berliner Landeszentrale
für politische Bildung



Senatsverwaltung
für Kultur und Europa



monitor - rundbrief des apabiz

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v.

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet donnerstag von 15 bis 19 Uhr und nach absprache

v.i.s.d.p.: c. schulze

fotos: alle rechte liegen bei den fotograf*innen

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00

bank für sozialwirtschaft

☎ 030.6116249 ✉ mail@apabiz.de 🌐 www.apabiz.de